



Die weltweite Nahrungsmittelkrise

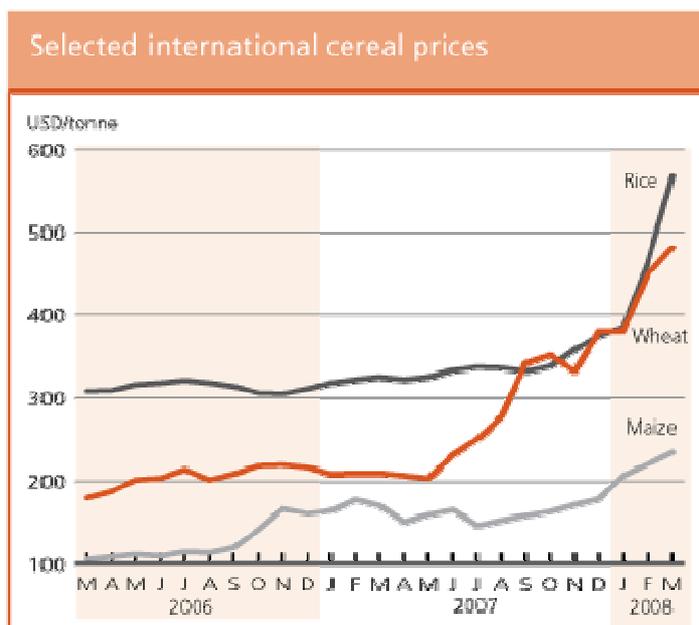
Von Kurt Bangert

Seit Wochen schon wird in den Medien von einer Nahrungsmittelkrise berichtet, deren Ursache vor allem in den verteuerten Nahrungsmittelpreisen gesehen wird. Rund 100 Millionen Menschen sind zusätzlich durch Hunger gefährdet, befürchtet Weltbankpräsident Robert Zoellick.

In diesem Papier soll nach den Symptomen und der Verbreitung der Krise gefragt werden, nach ihren unmittelbaren und auch tieferen Ursachen sowie nach möglichen – kurzfristigen wie langfristigen – Lösungsansätzen.

Die Symptome und die Verbreitung der Nahrungsmittelkrise

Nach Auskunft der „Food and Agriculture Organization“ (FAO) der Vereinten Nationen sind die Weltnahrungsmittelpreise von Juli 2007 bis März 2008 um rasante 45% gestiegen.¹ Allein der Reis hat sich im Halbjahr von September 2007 bis März 2008 nahezu verdoppelt. Damit einher geht eine Verknappung diverser Nahrungsmittel, insbesondere Reis, Weizen und Mais, so Jaques Diouf, Director-General der FAO.² Auch wenn nicht damit zu rechnen ist, dass die Nahrungsmittelpreise weiter so drastisch ansteigen werden, und auch wenn manche Beobachter durchaus auch eine Senkung der Preise für möglich halten, hat doch die gegenwärtige Krise sehr negative Auswirkungen.



Quelle: FAO Crop Prospects and Food Situation, April 2008

¹ Siehe FAO Pressemitteilung vom 09. April 2008.

² Ebda.



Besonders hart betroffen sind die so genannten LIFDC-Länder (*Low Income Food-Deficit Countries*), die schon in der Vergangenheit große Mengen an Nahrungsmitteln importieren mussten, um den einheimischen Bedarf zu decken. Diese Länder mussten auch letztes Jahr zusätzliche Nahrungsmittel importieren und werden dies in diesem Jahr wiederum verstärkt tun müssen. Aufgrund der gestiegenen Weltmarktpreise müssen diese Länder hart erwirtschaftete Devisen dafür ausgeben. Viele der armen Länder werden wegen der Ernteausfälle im eigenen Land und der zu importierenden Nahrungsmittel eine negative Handelsbilanz aufweisen, was zu weiteren Verwerfungen, Verschuldungen und Verarmungen führen wird. Direkt betroffen sind in diesen Ländern vor allem die Armen und unter ihnen primär die mittellose städtische Bevölkerung, die heuer wesentlich höhere Preise für die Grundnahrungsmittel zahlen müssen als zuvor und deshalb an den Rand des Abgrunds gedrängt werden.

Die höheren Nahrungsmittelpreise wirken sich besonders verheerend auf Kinder aus. Wenn Familien Mühe haben, das Geld für Nahrung aufzubringen, werden sie in der Regel nicht an den Grundnahrungsmitteln wie Reis oder Weizen sparen, sondern an der Luxusnahrung wie Fleisch, Obst und Gemüse. Das bedeutet, dass die Kinder nicht mehr die nötigen Mikronährstoffe wie Vitamine und Mineralien erhalten, die sie zum Wachstum brauchen. Erfahrungen haben gezeigt, dass Preisanstiege fast immer auch einen Anstieg der Mangelernährung von Kindern zur Folge haben. Die Konsequenz von Mangel- und Unterernährung ist, dass das Wachstum der Kinder behindert wird, und zwar nicht nur das körperliche, sondern vor allem auch das geistige Wachstum, mit weiteren verheerenden Folgen für die Bildung und Zukunftsfähigkeit der Kinder, denn solche Kinder werden später zu den Geringverdienern gehören. Auf diese Weise setzt sich der Teufelskreis der Armut fort.

Gestiegene Nahrungsmittelpreise sind ein zweischneidiges Schwert. Eine positive Auswirkung könnte sein, dass die gestiegenen Preise den einheimischen Bauern zugute kommen. Allerdings geht zur Zeit niemand davon aus, dass die Bauern einen kurzfristigen Nutzen haben werden, da die meisten Bauern ihre Erzeugnisse bereits letztes Jahr zu den dann noch niedrigen Preisen an die Großhändler verkauft haben. Derzeit dürften es vor allem die internationalen Händler und Spekulanten sein, die von den gestiegenen Preisen profitieren. Dennoch könnten die Bauern zumindest mittel- bis langfristig von den Preisen profitieren, wenn die Weltmarktpreise hoch bleiben und die Händler wenigstens einen kleinen Teil der Zuwächse an die Bauern weitergeben. Dies setzt aber eine Stärkung der Position von Klein- und Klein(st)bauern voraus, die bisher auf Grund ihrer schwachen Marktposition von den Zwischenhändlern weitgehend ausgenutzt wurden. Natürlich können nur solche Bauern von den gestiegenen Lebensmittelpreisen profitieren, die mehr anbauen, als sie für den eigenen Bedarf benötigen, um das Überschuss-Getreide auf dem Markt zu verkaufen und sich auf diese Weise ein Zusatzeinkommen zu verdienen.

Die größten Probleme dürften derzeit vielleicht weniger die Bauern auf dem Lande haben, sondern die Armen in den Städten, insbesondere Slumbewohner, die kaum Einkünfte haben und für die sich die gestiegenen Nahrungsmittelpreis besonders verheerend auswirken. Sie haben keine Aussichten darauf, wie die Bauern durch den Anbau eigener Erzeugnisse von den gestiegenen Preisen zu profitieren. Sie müssen notgedrungen zahlen, was auf dem Markt verlangt wird. Und dieses Geld besitzen sie oft nicht. Die urbanen Armen sind in der Regel



übrigens nicht die Bevölkerungsgruppen, mit denen World Vision arbeitet, da World Vision vorwiegend die ländliche Bevölkerung unterstützt und fördert (von Ausnahmen abgesehen). Die meisten Armen müssen zwischen 50 und 75 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben (Vergleich: Deutsche geben nur ca. 11% für Nahrung aus). Eine Erhöhung der Grundnahrungsmittel um 50 Prozent könnte zwar auch hierzulande, insbesondere für Menschen, die von der „neuen Armut“ betroffen sind, zu schmerzlichen Einbußen des Lebensstandards führen, hätte aber für die meisten Deutschen nicht die dramatischen und lebensbedrohlichen Folgen wie für die Armen in den Entwicklungsländern, für die es in vielen Fällen Hunger und akute Unterernährung bedeuten kann.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass die derzeitige Krise nur vordergründig eine Krise von Angebot und Nachfrage ist (hohe Nachfrage, Verknappung des Angebots), sondern tiefgründiger vor allem als ein Problem der Armut angesehen werden muss. Das heißt: Weil viele Armen nur ein Einkommen von unter oder knapp oberhalb von einem Dollar am Tag haben, sind sie nicht in der Lage, die Mehrkosten für die zum täglichen Bedarf notwendigen Nahrungsmittel aufzubringen. Viele dieser Armen hatten zuvor schon ein sehr bescheidenes und wenig abwechslungsreiches Menu (oft nur Reis, Mais, Sorghum, Cassava etc. mit nur wenigen Zutaten). Jetzt können sie sich nicht kaum noch den Reis oder Mais leisten. Mit anderen Worten: Hunger war, und ist auch zur Zeit, ein Problem der Armut und der mangelnden Verfügbarkeit von Geld (mangelnde Kaufkraft), oder, wie man auch sagt: ein *access problem*.

Aber es sind nicht nur die absolut Armen (<1\$) betroffen, sondern auch solche Städter, die das Glück haben, eine Arbeitsstelle zu haben und Geld zu verdienen. Doch müssen sie Miete, Fahrtkosten (um zur Arbeitsstelle zu kommen) und andere Lebenshaltungskosten bezahlen, so dass die erhöhten Lebensmittelpreise sie an den Rand des Existenzminimums drängen.

Eine der traurigen Konsequenzen der Nahrungsmittelkrise ist, dass sie die Erreichung der Millenniumsziele noch unwahrscheinlicher machen wird, als es ohnehin der Fall ist. „Sechs der acht Millenniumsziele setzen eine ausreichende Ernährung voraus“, sagt der Ernährungswissenschaftler Andrew Thorne-Lyman vom Welternährungsprogramm. „Es geht nicht nur darum, die Mägen der Kinder zu füllen, sondern auch darum sicherzustellen, dass diese Kinder die Gelegenheit erhalten, normal zu wachsen und zu lernen, sich selbst aus der Armutsfalle herauszuwinden.“³

Betroffene Länder

Welche Länder sind betroffen? Es sind vor allem Länder in Afrika, aber auch Länder in Asien und Lateinamerika, ja sogar ein europäisches Land ist laut Auskunft der FAO betroffen (Moldawien). Siehe die FAO-Tabelle unten.

³ Quelle: <http://www.wfp.org/english/?ModuleID=137&Key=2821>



AFRICA (21 countries)	
Exceptional shortfall in aggregate food production/supplies	
Lesotho	Multiple year droughts until last season
Somalia	Conflict, adverse weather
Swaziland	Multiple year droughts until last season
Zimbabwe	Deepening economic crisis, drought last season, recent floods
Widespread lack of access	
Eritrea	IDPs, economic constraints
Liberia	Post-conflict recovery period
Mauritania	Several years of drought
Sierra Leone	Post-conflict recovery period
Severe localized food insecurity	
Burundi	Civil strife, IDPs and returnees
Central African Republic	Refugees, insecurity in parts
Chad	Refugees, conflict
Congo, Democratic Republic of	Civil strife, returnees
Congo, Republic of	IDPs
Côte d'Ivoire	Civil strife
Ethiopia	Insecurity in parts, localized crop failure
Ghana	Drought and floods
Guinea	Refugees
Guinea-Bissau	Localized insecurity
Kenya	Civil strife, adverse weather
Sudan	Civil strife
Uganda	Civil strife in the north, localized crop failure
ASIA (10 countries)	
Exceptional shortfall in aggregate food production/supplies	
Iraq	Conflict and insecurity
Widespread lack of access	
Afghanistan	Conflict and insecurity
Korea, Dem. People's Rep. of	Economic constraints and effects of past floods
Severe localized food insecurity	
Bangladesh	Past floods and cyclone, avian influenza
China	Disastrous cold, ice and snow in the south
Nepal	Poor market access, conflict and past floods
Sri Lanka	Conflict and floods
Tajikistan	Severe cold, floods/landslides, poor market access
Timor-Leste	IDPs, past drought and floods
Viet Nam	Cold spell in the north
LATIN AMERICA (5 countries)	
Severe localized food insecurity	
Bolivia	Floods
Dominican Republic	Past floods
Ecuador	Floods
Haiti	Past floods
Nicaragua	Past floods
EUROPE (1 country)	
Exceptional shortfall in aggregate food production/supplies	
Moldova	Drought, limited access to inputs for winter cropping

(Quelle: <http://www.fao.org/docrep/010/ai465e/ai465e02.htm> (Stand: 28. Apr. 2008))



Die Ursachen der Krise

Es gibt eine ganze Reihe von Ursachen, die für die Krise verantwortlich gemacht werden, auf die ich hier jeweils kurz eingehen möchte. Unter Fachleuten wird vor allem nach drei wesentlichen Ursachen unterschieden: (1) ungewöhnliche **Verknappung** von Nahrungsmitteln durch mangelnde Nahrungsmittelproduktion weltweit (*exceptional shortfall in aggregate food production/supply*); (2) Mangel an **Zugang** zu Nahrungsmitteln in Ländern, wo die Mehrheit der Bevölkerung nicht die finanziellen Mittel hat, die für sie zu teuren Lebensmittel auf dem Markt zu kaufen (*widespread lack of access*); und (3) **lokale Umstände**, die eine Nahrungsmittelunsicherheit hervorrufen – wie Konflikte, Flüchtlinge und Vertriebene, Dürre und Ernteaufälle usw. (*severe localized food insecurity*). Aber gehen wir einmal alle möglichen Ursachen der Reihe nach durch:

Überbevölkerung, wachsender Wohlstand und Nahrungsmittelverknappung

Zweifellos haben angestiegene Bevölkerungen mit der Nahrungsmittelkrise zu tun, insbesondere dann, wenn die Nahrungsmittelproduktion nicht mit dem Bevölkerungsanstieg mitgehalten hat bzw. verschärfende Umstände hinzukommen, welche die Nahrungsmittelproduktion einschränken. Während die Weltbevölkerung immer noch exponentiell wächst, kann die Nahrungsmittelproduktion normalerweise nur linear gesteigert werden.

Aber nicht nur das weltweite Bevölkerungswachstum wird man hier nennen müssen, sondern auch der wachsende Wohlstand mittlerer Bevölkerungsschichten, etwa in Südostasien, Indien und China, die sich mehr und bessere Nahrung als früher leisten können. Diese aufstrebenden Mittelschichten essen beispielsweise mehr Fleisch, so dass für die Fleischproduktion mehr Futtermittel eingesetzt werden müssen. Das zeigt sich etwa darin, dass während die Nachfrage für Nahrungsmittel in den letzten Jahren nur relativ moderat angestiegen ist, die Nachfrage nach Futtermittel dramatisch anstieg, vor allem in den USA.

Weltweit unzureichende Nahrungsmittelproduktion

Offensichtlich wurden in den letzten Jahren weltweit nicht genügend Nahrungsmittel angebaut, als Ernte eingefahren oder wie erwartet exportiert, so dass der Markt gemäß dem Angebot-Nachfrage-Mechanismus reagierte und es zu einer Verteuerung von Nahrung kam. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Weltgemeinschaft durchaus die Kapazitäten hat, um auch einen weiter ansteigenden Bedarf an Getreide zu decken, und meist ist das auch in den letzten Jahren gelungen. Dennoch: In den letzten Jahren wurden kontinuierlich mehr Nahrungsmittel konsumiert als produziert, so dass auch die Reserven weitgehend aufgebraucht wurden. (2005/06 lag die weltweite Getreideproduktion bei 1,605 Mrd, der Konsum bei 1,614 Tonnen; 2008/09 wird die Produktion bei 1,706, der Konsum bei 1,710 Tonnen liegen: ein Anstiege von rund 100 Millionen Tonnen innerhalb von nur drei Jahren, Quelle: IGC-Informationen zu Supply&Demand) Zwar kann eine reduzierte Nahrungsmittelproduktion durch die vorhandenen Reserven durchaus ausgeglichen werden, aber wenn dann wie in diesem Jahr noch verschärfend hinzu kommt, dass mehrere große Reixexportnationen wie China, Indien, Vietnam und Ägypten ihre Ausfuhren drosseln, so kann es zu schmerzhaften Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt kommen. Und genau das ist in diesem Jahr eingetreten. Neben dem Anwachsen der Bevölkerungen, dem Wohlstand der



Mittelschicht und der Drosselung von Getreide-Ausfuhren dürfte diese Nahrungsmittelverknappung auch mit einer mangelnden Vorausplanung vieler Regierungen zu tun haben, die den Anbau von Nahrungsmitteln zu wenig angekurbelt und gefördert haben oder gar, wie in Simbabwe, durch die Vertreibung von erfahrenen Farmern von ihrem Land sogar aktiv behinderten. Hinzu kommt aber noch ein weiterer wichtiger Grund:

Ernteauffälle aufgrund von Dürre und anderer Katastrophen

Für die gegenwärtige Krise ist u.a. der Totalausfall der Ernte in Australien, einem der wichtigsten Getreideproduzenten, verantwortlich. Überdies haben eine ganze Reihe von Ländern nunmehr schon mehrere Jahre hintereinander Dürreperioden erlebt, die aufgrund des ausbleibenden Regens zu wiederholten Ernteauffällen geführt haben. Wenn aber mehrere Jahre hintereinander der Regen ausbleibt, dann wirkt sich das nicht nur auf den eigentlichen Ernteertrag aus, sondern auch auf unzureichende Mengen Saatgut. Und wenn sich Saatgut verknappt, hat das verheerende Auswirkungen auf die zukünftigen Ernteerträge. Neben Regenausfällen und Dürreperioden haben aber auch andere Katastrophen wie Wirbelstürme, Überschwemmungen, Flüchtlingsströme und Bürgerkriege zu Ernteauffällen beigetragen. In vielen Ländern sind abwechselnd Dürren und Überflutungen zu beobachten (z.B. Äthiopien), was die Auswahl des richtigen Saatguts fast unmöglich macht. In einigen Fällen waren auch ungewöhnliche Kälteeinbrüche die Ursache (etwa in Nordvietnam oder Nordchina). Aber, so ist zu fragen, warum kommt es zu diesen Hitze- oder Kälteeinbrüchen?

Klimawandel

Hinter den oben genannten Gründen ist als tiefere Ursache der globale Klimawandel zu nennen, der in südlichen Regionen zu Hitze und Dürre führt, in nördlicheren Regionen zu Stürmen, Überschwemmungen und Kälteeinbrüchen. Die globale Erwärmung, die sich vor allem in gestiegenen Lufttemperaturen, dem Abschmelzen der Polarkappen und der Gletscher sowie im Anstieg des Meeresspiegels zeigt, führt derzeit dazu, dass es zu vermehrten Niederschlägen im Norden und zu verringerten Niederschlägen im Süden kommt. Wir erleben eine Zuspitzung der Wetterextreme. Gerade die besonders gefährdeten Afrikaner haben in den letzten Jahren nicht nur wiederholte Hitzewellen und Dürreperioden erlebt, sondern auch die verheerendsten Überschwemmungen der letzten Jahrzehnte. Ähnliches gilt auch für Teile Asiens.

Höhere Biokraftstoff-Produktion

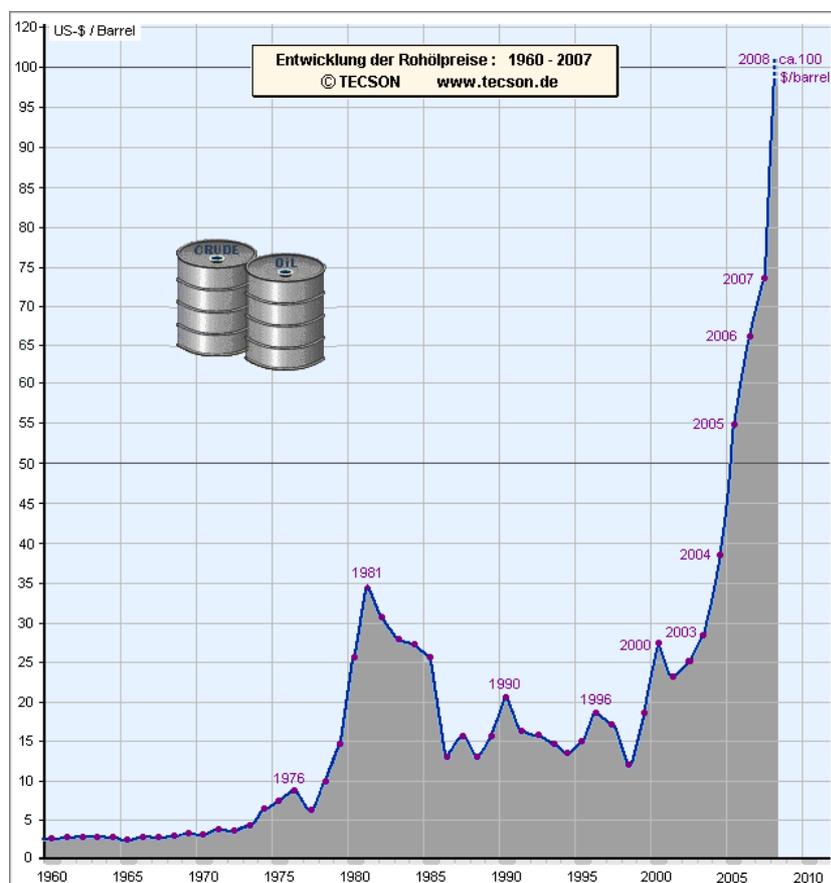
Die Produktion von Bio-Energie (Bio-Diesel oder Ethanol) hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren verdoppelt. Der Grund dafür ist zum einen die Sorge um das Klima, zum andern auch die Sorge um eine zu große Abhängigkeit instabiler Länder von den fossilen Brennstoffen. Das Problem der Abhängigkeit wird durch Biokraftstoff zwar nicht gelöst, da die größten Benzin/Diesel-Konsumenten (USA und EU) Biokraftstoff nicht so billig herstellen können wie südliche Länder. Insofern überrascht es nicht, dass Brasilien neben den USA der größte Produzent von Ethanol ist. Biokraftstoff zu produzieren, hat nicht nur den Vorteil, dass er umweltschonender ist als fossiler Brennstoff, man kann mit ihm auch mehr Geld verdienen als mit Nahrungsmittelanbau. Auch stellt der Biokraftstoff in Aussicht, dass die Importe von teurem Benzin durch die armen Länder reduziert werden können, was wiederum die Armut in diesen Ländern verringern könnte. Das große Problem des Biokraftstoffes ist allerdings, dass eine einzige Tankfüllung soviel Getreide erfordert, wie eine



einzelne Person über den Zeitraum eines ganzen Jahres konsumiert. Und die Abzweigung von Bebauungsflächen für Biokraftstoff führt zu drastischen Preiserhöhungen. Indem man beispielsweise 10 % der Zuckerproduktion zu Ethanol verarbeitete, verdoppelte sich der Zuckerpreis. Ob Biokraftstoff trotz dieser erheblichen Nachteile eine sinnvolle Alternative ist, muss im Lichte der Langzeitfolgen noch näher analysiert werden, bevor man diesen Weg konsequent einschlägt.

Falsche Nahrungsmittelhilfe

Ein Problem der Nahrungsmittelverknappung ist, dass bei der Nahrungsmittelhilfe (Nothilfe) nicht der Bedarf die Verfügbarkeit der Nahrungsmittel steuert, sondern der Weltmarkt für Getreide. „Steigen die Preise, dann wird die Hilfe knapp, sinken sie wieder, dann verschenken die Geber ihre Überschüsse - vor allem die USA“, sagt Tillmann Elliesen von InWent. Und: „Nicht überall, wo die Hilfe hinfließt, wird sie auch gebraucht; tatsächlich richtet sie in vielen Regionen eher Schaden an, indem sie lokale Märkte verzerrt und Abhängigkeiten schafft.“ Im Mittelpunkt der Kritik einer falschen Nahrungsmittelhilfe stehen vor allem die USA, die ihre Nahrungsmittelhilfe leider viel zu sehr als eine Art Förderinstrument für die eigene Agrarwirtschaft missbrauchen. „Die US-Regierung kauft ihren Landwirten die Überschüsse ab und verteilt sie weltweit als Almosen“, so Elliesen. In der Kritik steht aber auch das Welternährungsprogramm, das sich oft notgedrungen die Position der USA zu eigen macht.



Quelle: <http://www.tecson.de/poelhist.htm>



Gestiegene Ölpreise, Transportkosten und Düngerpreise

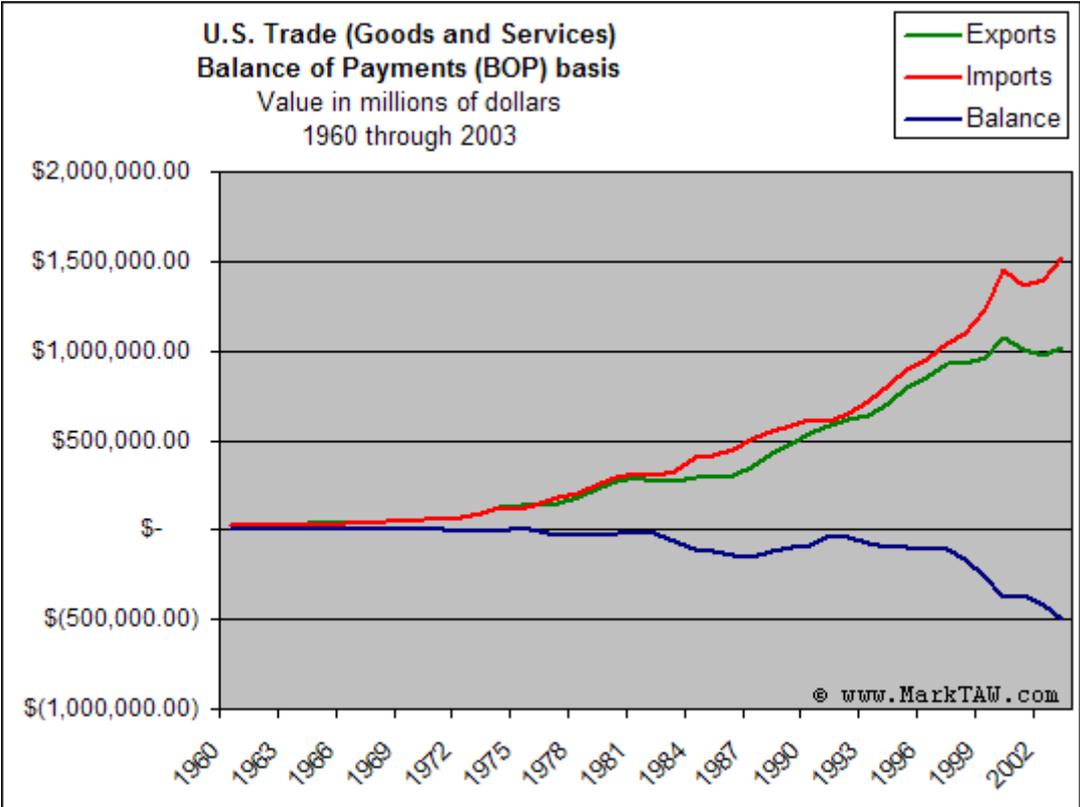
Ein wichtiger Faktor im Anstieg der Nahrungsmittelpreise sind die gestiegenen Ölpreise. Seit 2003 hat der Ölpreis einen rasanten Zuwachs erfahren (von 25 US\$ pro Barrel auf über 100 US\$ pro Barrel). Bei uns in Deutschland schlägt sich dies in gestiegenen Benzin- und Dieselpreisen nieder, was den Luxus unserer Automobilgesellschaft schmälert; in den armen Ländern hingegen verteuert es die lebensnotwendigen Nahrungsmittelpreise. Neben den gestiegenen Transportkosten sind auch noch die dramatisch gestiegenen Düngerpreise zu nennen, die Anfang dieses Jahres um rund 100 Prozent höher lagen als noch ein Jahr zuvor. Unmittelbare Ursache waren die Preiserhöhungen bei den Rohstoffpreisen (insbesondere Phosphat). Was aber, so muss nun gefragt werden, ist der Grund für die dramatisch gestiegenen Ölpreise und anderen Rohstoffpreise (inkl. Gold)? Die Antwort liegt auf der Hand:

Gefallener Dollarkurs

Der Dollar ist in den letzten sieben Jahren kontinuierlich gefallen. Lag er zwischen 2000 und 2002 noch oberhalb des Eurokurses, so hat er nach dem Irakkrieg 2003 fortwährend an Wert verloren. Inzwischen muss man für einen Euro über 1,5 Dollar hinlegen. Der Dollar scheint seine Rolle als „Leit“-Währung für die Welt zu verlieren und kann heute nur noch als „Leid“-Währung bezeichnet werden. Es ist nicht nur der jüngste Verfall der Immobilienpreise, die den Dollar unter Druck gesetzt hat, sondern es sind tiefere Ursachen, vor allem das amerikanische Handelsdefizit und das amerikanische Haushaltsdefizit. Diese beiden Defizite der Bush-Regierung haben die Wahrscheinlichkeit einer Abwärtsbewegung des Dollars zwangsläufig gemacht. Das US-Haushaltsdefizit hat zu einer enormen Schuldenlast der USA geführt, die gegenwärtig bei rund 10 Billionen US-Dollar liegt (Billionen, nicht Milliarden)! Das bedeutet eine pro-Kopf-Schuldenlast der Amerikaner von 30 Millionen US-Dollar. (Siehe Grafiken unten)

Die Konsequenzen einer hohen Staatsverschuldung (das gilt nicht nur für die USA, sondern auch für Deutschland) ist eine Geldumverteilung innerhalb des Staates von unten nach oben, weil alle Steuerzahler (vor allem der kleine Mann) die Zins- und Tilgungslast mittragen müssen, während die Wohlhabenden von den Staatsanleihen durch Zinsgewinne profitieren. Eine Staatsverschuldung stellt aber auch eine Umverteilung zuungunsten der zukünftigen Generationen dar, die später eine akkumulierte Schuldenlast abtragen müssen.

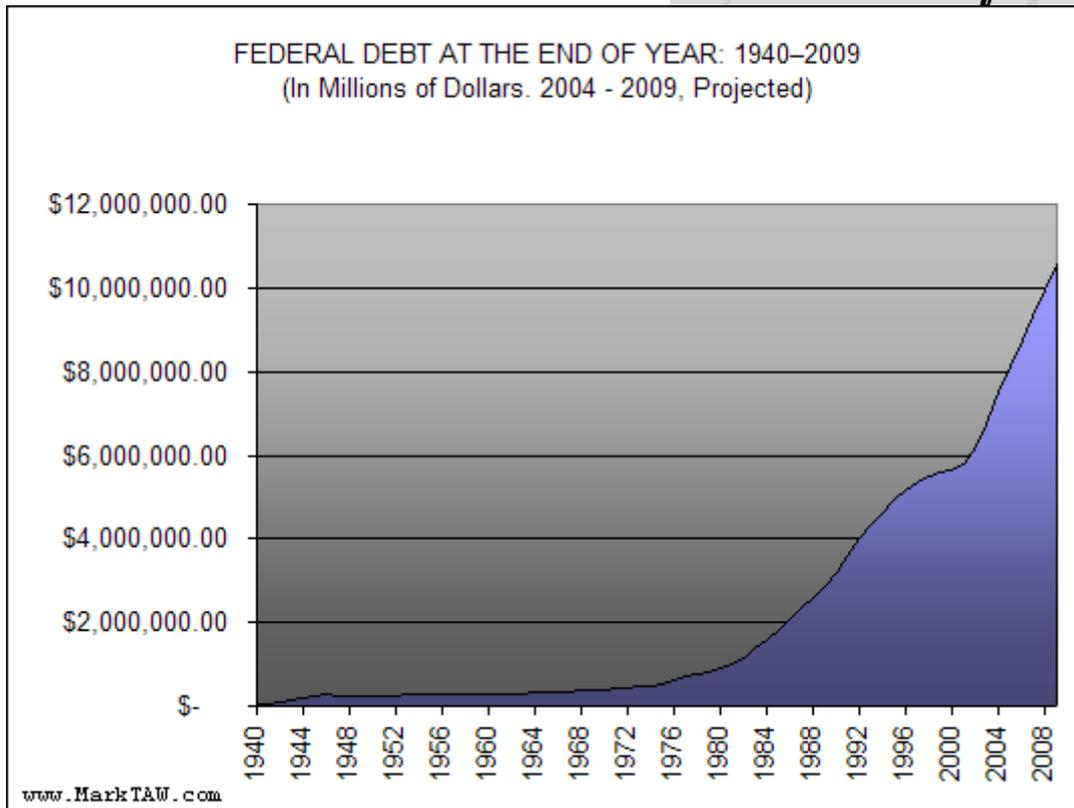
Der schwache US-Dollar hält den Durchschnittsamerikaner zwar derzeit davon ab, ins Ausland zu reisen (während ein USA-Aufenthalt für Europäer derzeit relativ günstig ist), dennoch birgt ein schwacher Dollar für US-Firmen durchaus die Chance, ihre Gewinne zu steigern, weil ihre Produkte im Ausland vergleichsweise teuer verkauft werden können. (Eine Coca-Cola-Flasche kostet in den USA immer noch 1 Dollar, in Europa aber nahezu das Äquivalent von 2 Dollar.) Dies bedeutet, dass der schwache US-Dollar im Ausland eine Preisspirale in Gang gesetzt hat, welche vor allem die Armen bedroht. Während der Dollar sinkt, steigen allenthalben die Preise, einschließlich derjenigen der Nahrungsmittel. Fazit: Indem die USA den Dollarverfall bewusst in Kauf nehmen, verlagern sie ihr Schuldenproblem nicht nur in die Zukunft, sondern auch ins Ausland.



Quelle: http://www.marktaw.com/culture_and_media/TheUSTradeDeficit.html



Quelle: <http://bullandbearwise.com/GovDefChart.asp>



Quelle: http://www.marktaw.com/culture_and_media/TheNationalDebt.html

Die tiefere Ursache: Die Gefährdung (Vulnerabilität) der Armen.

Obwohl es auch in industrialisierten Ländern wie Deutschland eine neue Armut gibt, etwa wenn Hartz IV-Empfänger sich kein Auto oder keinen Urlaub mehr leisten können oder wenn sie die Preiserhöhungen von Grundnahrungsmitteln nur schmerzlich bis gar nicht mehr verkraften können, so stellen doch die Preiserhöhungen der Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt für die meisten Deutschen (noch) keine akute Existenzbedrohung dar. Bei den Geringverdienenden in den Entwicklungsländern und vor allem bei den absolut Armen hingegen haben die Preiserhöhungen verheerende Auswirkungen. Menschen werden an den Rand ihres Existenzminimums gedrängt, müssen sich Miet- und Transportkosten buchstäblich vom Munde absparen, müssen tägliche Mahlzeiten reduzieren, leiden plötzlich wieder an Mangelernährung und Unterernährung. Experten befürchten, dass sich die Zahl der unterernährten Menschen von rund 850 Millionen durch die jetzige akute Nahrungsmittelkrise auf mindestens 950 Millionen erhöhen wird. Diese Menschen fallen in kein soziales Netz, erhalten weder Hartz IV noch andere staatliche Sozialhilfen. Sie waren schon vor der Krise in höchstem Maße gefährdet, und sie stehen jetzt erst recht am Abgrund, sprich: sie hungern. Sie sind Opfer der drei p-Faktoren: *poverty*, *powerlessness* und *population growth*. Sie haben kaum Chancen, an der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Heimatstaaten teilzunehmen. Auch wenn wir davon ausgehen, dass eine fortgesetzte und sogar intensiviertere Entwicklungshilfe positive Erfolge zeitigt, wird ein Teil dieser gefährdeten Armen weiterhin arm und gefährdet bleiben, während ein anderer Teil hoffentlich den Sprung in eine Schicht schafft, die zumindest ein Grundeinkommen und damit auch ein bescheidenes Auskommen hat. Kurz: der Hauptgrund für die Nahrungsmittelkrise der Armen ist die Armut.



Lösungen

Bei der Komplexität der Ursachen der Nahrungsmittelkrise muss es nicht verwundern, wenn es keine einfachen Lösungen gibt. Vielleicht gibt es sogar überhaupt keine wirklich wirksamen Lösungen. Auch diese Möglichkeit muss in Betracht gezogen werden. Die Vorschläge, die hier aufgezählt werden, stellen mögliche Gegenmaßnahmen dar, die teilweise kurzfristig, teilweise längerfristig abhelfen sollen. Teilweise sind sie sogar umstritten.

Nothilfe und Nahrungsmittelverteilung

Um die schlimmste Not zu verhindern, bedarf es nach Auskunft des Welternährungsprogramms (WFP) großer Nahrungsmittelverteilungen. Das WFP und andere UN-Organisationen haben die UN-Mitgliedsstaaten dringend um eine Aufstockung ihrer Beiträge ersucht, um ausreichende Nahrungsmittel einkaufen und verteilen zu können. Experten berichten, dass das WFP immer wieder neu vor die Entscheidung gestellt ist, entweder nur die Hälfte der Hungernden mit Nahrungsmitteln zu versorgen (und die andere Hälfte leer ausgehen zu lassen) oder alle Bedürftigen nur mit der halben Ration zu versorgen (was keine wirkliche Abhilfe schafft). „Es ist eine Schande, dass wir solcher Art Entscheidungen treffen müssen“, sagt Thorne-Lyman vom WFP, „insbesondere wenn man berücksichtigt, dass es eigentlich genug Nahrung für alle gibt.“ Es muss in diesem Zusammenhang aber auch gesagt werden, dass die Rolle des Welternährungsprogramms in Fachkreisen nicht unumstritten ist, weil das WFP seine Existenzberechtigung aus großflächigen Nahrungsmittelverteilungen zieht (an denen World Vision maßgeblich beteiligt ist), die nicht nur Abhängigkeiten aufkommen lassen, sondern auf diese Weise auch den Aufbau einer selbstversorgenden Getreidewirtschaft und eines *safety net* verhindern. Eine Organisation wie World Vision muss mehr auf langfristige Ernährungssicherung setzen als auf kurzfristige Nothilfe.

Zu verteilende Nahrungsmittel vor Ort einkaufen

Indem bei Nahrungsmittelverteilungen immer wieder auf die subventionierten Erträge der USA und anderer reicher Industrienationen zurückgegriffen wird, tun sich die Geberländer zwar selbst einen Gefallen, nicht aber den hungernden Armen in den Entwicklungsländern. Indem Tonnen von Getreide in die armen Länder verschifft werden, verfallen die lokalen Preise und wird so die Nahrungsmittelproduktion in diesen Ländern retardiert. Finanzielle Zusagen der Geberländer an das Welternährungsprogramm sollten an die Auflage gekoppelt werden, dass die benötigten Nahrungsmittel im jeweiligen Land (oder, wenn dort nicht verfügbar, wenigstens im Nachbarland) eingekauft werden, in dem sie auch verteilt werden sollen. Auf diese Weise werden die Nahrungsmittelpreise stabil gehalten, wird die landwirtschaftliche Produktion angekurbelt und fallen auch die Transportkosten weitgehend weg. World Vision als die größte Verteil-Organisation des WFP sollte keine subventionierten Agrarerzeugnisse der reichen Länder mehr annehmen und zur Verteilung bringen. Dazu bedarf es aber eines Politikwechsels innerhalb von World Vision! (Denn insbesondere WVUS hat sich von *gift in kind* in Form von USAID-Nahrungsmitteln abhängig gemacht, um ein akzeptables Verhältnis von Projektkosten zu *overhead costs* zu gewährleisten.) Eine politische Forderung könnte sein, dass die humanitäre Nahrungsmittelverteilung zentral von den Vereinten Nationen gesteuert werden sollte, um missbräuchliche Verteilungen zu verhindern.



Die Krise auch als Chance begreifen

Die Nahrungsmittelkrise muss grundsätzlich als Chance begriffen werden. Als Chance kann die Krise dann genutzt werden, wenn es gelingt, die armen Bauern an den Preissteigerungen partizipieren zu lassen. Dies ist aber nur möglich, wenn die Bauern a) mehr anbauen als sie für den eigenen Konsum benötigen, und b) für den Überschuss faire Preise auf dem lokalen Markt erzielen. Letzteres ist aber nur möglich, wenn Regierungen die Preise der Grundnahrungsmittel nicht subventionieren, was die Krise der Städter jedoch zunächst verschärft. Außerdem ist der vorgenannte Punkt zu berücksichtigen (lokaler Einkauf von zu verteilenden Nahrungsmitteln statt Einfuhr von subventionierten Überschüssen der Geberländer).

Ankurbelung der Nahrungsmittelerzeugung in armen Ländern

Die Regierungen der Entwicklungsländer sind aufgefordert, die landwirtschaftliche Produktion im eigenen Land zu unterstützen und zu fördern. Dies kann auf vielfältige Weise geschehen: Durch Reduzierung der Nahrungsmittelimporte bei gleichzeitiger Ankurbelung der einheimischen Produktion, durch Agrarberatung der Bauern, durch Verbesserung der Anbaupraktiken, durch verbesserte Lagerhaltung, Transportwesen, Infrastruktur und Vermarktung, durch Stärkung der Bauernorganisationen, durch Verfügbarmachung von Krediten für Saatgut und Dünger.

Abbau von Agrarsubventionen

Es muss weiterhin darauf gedrängt werden, dass die reichen Industrieländer ihre Agrarsubventionen weiter abbauen, damit die subventionierten Agrarerzeugnisse der Industrienationen nicht länger den Weltmarkt beherrschen und die Preise drücken, sondern die Produkte der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt eine faire Chance erhalten. Hierzu bedarf es allerdings weltweiter Abkommen, damit nicht, wenn einige Industrienationen ihre Subventionen abbauen, andere Industrieländer mit ihren subventionierten Erzeugnissen deren Platz einnehmen und die Entwicklungsländer außen vor lassen. Auch sollte man den armen Ländern für einen überschaubaren Zeitraum gestatten, ihre eigenen Märkte gegen billige Weltmarkterzeugnisse zu schützen.

Den Einsatz von Biokraftstoffen überdenken

Angesichts der oben beschriebenen Risiken von Biokraftstoffen ist deren Einsatz neu zu überdenken. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen sind neu zu eruieren und zu analysieren. Wenn die Reichen mit einer Tankfüllung die ganze Jahresgetreideration eines einzelnen Konsumenten in die Luft jagen können und durch die Umwandlung von Getreide in Kraftstoff die Getreidepreise unproportional erhöht werden, dann ist zumindest Vorsicht angesagt.

Barauszahlungen an Bedürftige

Es ist dringend erforderlich, die Diskussion über *cash transfers* an Bedürftige zu verstärken bzw. neu zu entfachen. Die Entwicklungsländer sollten ein Minimum von 5% ihres nationalen Haushaltes für Sozialhilfe bereitstellen, um zumindest die besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen vor der allerschlimmsten Not zu bewahren. Zu denken ist hier vor



allem an eine Minimalversorgung für die Alten, die Behinderten und für Familien mit Kindern unter zwei Jahren. Versuche haben gezeigt, dass solche Barauszahlungen von den Empfängern meist sinnvoll eingesetzt werden, nämlich für Nahrung, Gesundheit und Bildung. Auch Nichtregierungsorganisationen sollten darüber nachdenken, ob sie nicht vom Tabu der Barauszahlungen in besonderen Härtefällen abweichen können. (siehe dazu auch das Kapitel „Hartz IV für Waisen und gefährdete Kinder“, in: Kurt Bangert, „Janet und der Graue Tod. Kinder in einer Welt mit AIDS“)

Weltwirtschaftliche Korrekturen anmahnen

Nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch die Industrienationen, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika, sollten angehalten werden, für einen ausgeglichenen Haushalt, für eine ausgeglichene Handelsbilanz, für Inflationskontrolle und für eine stabile Währung zu sorgen. Es sollte nicht mehr unkritisch hingenommen werden, dass etwa die USA ihre Budgetüberschreitungen (insbesondere aufgrund ihres kriegerischen Engagements im Irak) auf den Rücken der Nachkommen und der Armen abwälzen.

Stand: 30. April 2008